Park ruft Nordkorea zu "Ära der Wiedervereinigung auf"

2016-08-18



Südkoreas Präsidentin Park Geun-hye hat die Nordkoreaner dazu aufgerufen, sich an der Schaffung einer neuen Ära der Vereinigung auf der koreanischen Halbinsel zu beteiligen. Die Botschaft in einer Rede zum 71. Jahrestag der Befreiung am 15. August war an die Bürger Nordkoreas, nicht an die Regierung gerichtet. Dies könnte eine andere Haltung Seouls in den innerkoreanischen Beziehungen signalisieren. Dazu sagt der Experte Hong Hyun-ik vom privaten Sejong-Institut:

Früher richteten sich Präsidenten Südkoreas an die nordkoreanische Regierung, wenn sie eine Forderung oder einen Vorschlag hatten. Doch in ihrer Rede zum Befreiungstag am 15. August wandte sich Präsidentin Park in einer separaten Botschaft an nordkoreanische Funktionäre und die Bewohner. Im September tritt das Menschenrechtsgesetz zu Nordkorea in Kraft, und das neue Gesetz wird Seouls Nordkorea-Politik massiv beeinflussen. Die Park-Regierung wird wahrscheinlich zwischen der Führung in Pjöngjang und den Parteimitgliedern wie auch den normalen Bürgern unterscheiden und ihre Korea-Politik trennen. Das könnte eine neue Doktrin der Regierung in Seoul sein.

Park rief das Regime in Pjöngjang auf, unverzüglich die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen sowie alle Provokationen gegen Südkorea einzustellen. Pjöngjang dürfe nicht die grundlegenden Menschenrechte der Bürger ignorieren:

Nordkorea hat Südkorea seit dem Nukleartest im Januar und dem Start einer Langstreckenrakete einen Monat später immer wieder gedroht. In dieser Situation rief die südkoreanische Präsidentin die Führung in Pjöngjang auf, auf Massenvernichtungswaffen und Drohungen gegen den Süden zu verzichten. Auch forderte sie, die Menschenrechte der Bürger zu garantieren und den Versuch zu stoppen, in Südkorea einen ideologischen Konflikt zu erzeugen. Zusätzlich zu dieser Warnung sagte sie, dass beide Koreas Frieden und gemeinsamen Wohlstand erreichen können, wenn die nordkoreanische Regierung die richtige Wahl trifft.

Seit ihrem Amtsantritt hat Park in ihren Reden zum Befreiungstag verschiedene Angebote gemacht. Dazu gehörte auch der Vorschlag im vergangenen Jahr, neue Treffen zwischen getrennt lebenden Familien zu organisieren, einen Friedenspark in der demilitarisierten Zone einzurichten und die drei wichtigsten innerkoreanischen Korridore zu erweitern, um den Austausch zu beschleunigen. Doch diesmal machte Park angesichts der herrschenden Spannungen keine neuen Vorschläge:

Das war Parks vierte Rede zum Befreiungstag. In den früheren Reden sprach sie über die Normalisierung der innerkoreanischen Beziehungen, Aussöhnung und die Familienzusammenführung unter humanitären Gesichtspunkten. Ein innerkoreanischer Dialog hat nur dann Bedeutung, wenn Nordkorea seine Atomwaffen-Entwicklung und Provokationen sowie Drohungen stoppt. Park scheint zu dem Schluss gekommen zu sein, dass freundschaftliche Vorschläge durch Seoul bedeutungslos sind, wenn Nordkorea seine Haltung nicht ändert.

Nordkorea erklärte den Befreiungstag zum Feiertag und nennt ihn "Tag der Befreiung des Vaterlandes". Zuletzt machte das Land einige Dialogvorschläge:

Nordkorea hat verschiedentlich eine gemeinsame Konferenz der Regierungen, politischen Parteien und von Organisationen vorgeschlagen, die einen Weg zur Wiedervereinigung ebnen sollte. Auch sollten Militärgespräche stattfinden, um militärische Konflikte zwischen Süd- und Nordkorea zu verhindern, durch die die Spannungen eskalieren können. Die geplante Stationierung des Raketenabwehrsystems THAAD in Südkorea wirkt sich negativ auf die Beziehungen zwischen Südkorea und China aus. Und Peking lockert seine Sanktionen gegen Pjöngjang. In dieser Lage sieht Nordkorea von größeren Provokationen ab und schlägt innerkoreanische Gespräche vor, um offenbar die Beziehungen zu China zu verbessern. Auch will Pjöngjang die Beziehungen mit Russland verbessern, so dass die Blockade internationaler Sanktionen verschwindet, die nach dem Atomtest verhängt wurden.

Die Regierung in Seoul reagiert auf den Dialogvorschlag, indem sie das Prinzip der „Denuklearisierung zuerst" betont. Doch Pjöngjang erklärte sich selber zum Atomwaffenstaat während des jüngsten Parteikongresses. Die Spannungen drohen sich in diesem Monat zu erhöhen, wenn die USA mit Südkorea neue Militärmanöver durchführen:

Südkorea denkt, dass ein innerkoreanischer Dialog oder Sechs-Parteien-Gespräche sinnlos sind, solange Nordkorea keine ernsthafte Haltung im Atomstreit einnimmt. Nordkorea seinerseits will sich von den UN-Sanktionen befreien und schlägt daher dem Süden einen Dialog vor. Pjöngjang wird die gemeinsamen amerikanisch-südkoreanischen Manöver kritisieren. Doch erwartet man keine größeren Provokationen, weil es das Verhältnis zu China verbessern will. Wenn das Menschenrechtsgesetz zu Nordkorea im nächsten Monat in Kraft tritt, werden sich jedoch die innerkoreanischen Spannungen vermutlich verschärfen. Und vor den US-Präsidentenwahlen im November werden die USA keine größere Initiative zur Lösung der Probleme auf der koreanischen Halbinsel starten. Es ist schwierig, hinsichtlich der regionalen Diplomatie optimistisch zu sein.

Seoul und Pjöngjang haben zwar den 71. Tag der Befreiung Koreas von der japanischen Kolonialherrschaft gefeiert, doch sind sie in ihren Positionen weit voneinander entfernt.